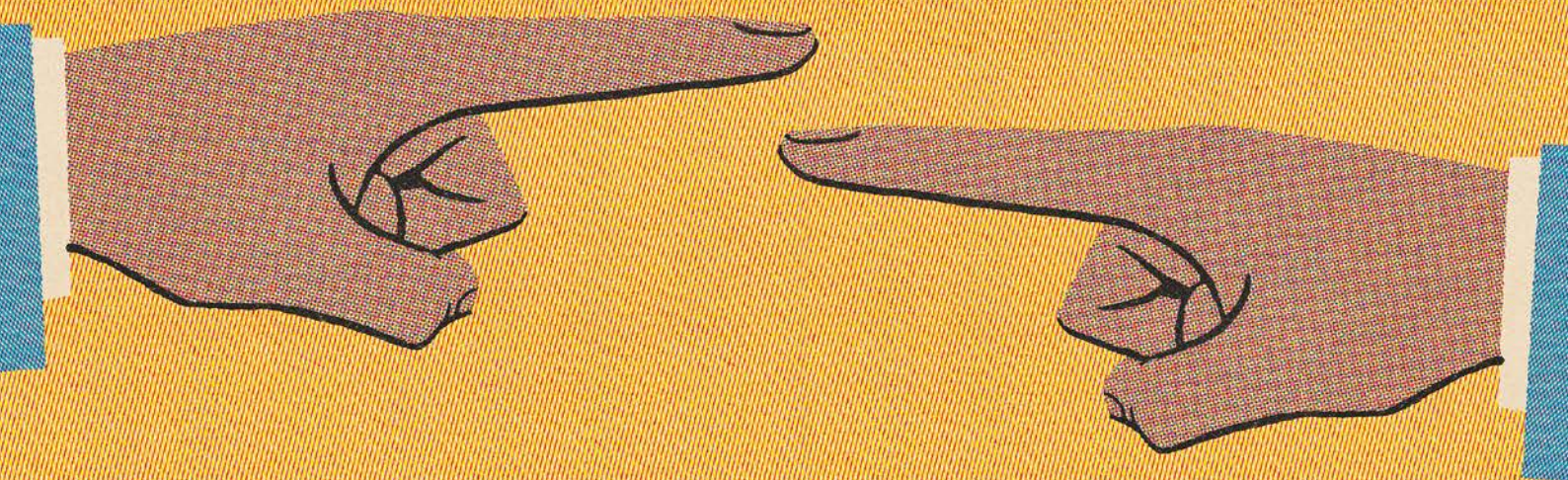


Marcel Lewandowsky & Anna-Lisa Neuenfeld
Juli 2026

Parteien im Stresstest

*Empirische Befunde und strategische
Überlegungen zum Umgang der
Parteien mit dem Rechtspopulismus*



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung
www.fes.de/apb

Kontakt

Dr. Annika Arnold
annika.arnold@fes.de

Design/Layout

MediaCompany – Agentur für Kommunikation

Umschlaggestaltung

Titelfoto: picture alliance / Ikon Images | Joseph McDermott

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Juli 2026

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➔ www.fes.de/publikationen

Marcel Lewandowsky & Anna-Lisa Neuenfeld
Juli 2026

Parteien im Stresstest

*Empirische Befunde und strategische
Überlegungen zum Umgang der
Parteien mit dem Rechtspopulismus*

Inhalt

Executive Summary	3
Einleitung	4
Gesellschaftlicher Wandel und rechtspopulistischer Erfolg	5
Entfremdung vom parteipolitischen Mainstream	9
Konsequenzen für den Parteienwettbewerb	13
Thesen für eine langfristige Strategie	14
Literaturverzeichnis	17
Abbildungsverzeichnis	18
Über die Autor:innen	19

Executive Summary

Die anhaltenden Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien sind kein kurzfristiges Protestphänomen, sondern Ausdruck langfristiger struktureller Veränderungen. Der Versuch etablierter Parteien, Rechtspopulisten vor allem auf dem Feld der Migrationspolitik zu stellen, bleibt deshalb weitgehend erfolglos. Rechtspopulisten bieten vielen Wähler:innen einen politischen Deutungsrahmen für ihre Krisenerfahrungen. Sie stilisieren soziale, wirtschaftliche und kulturelle Veränderungen zur Systemkrise und verbinden Zukunftsängste mit nostalgischen Erzählungen einer vermeintlich besseren Vergangenheit. Dabei delegitimieren sie etablierte Parteien als abgehobenes „Establishment“, dem die Schuld an der Krise zugeschoben wird. Ihre Wähler:innen sind dabei besonders loyal und für die anderen Parteien kurzfristig kaum zurückzugewinnen. Die Annäherung konservativer oder sozialdemokratischer Parteien an rechtspopulistische Positionen – insbesondere in der Migrationspolitik – ist meist erfolglos darin, verlorene Wähler:innen wieder an sich zu binden. Stattdessen legitimiert und normalisiert sie Positionen und Sprache der Rechtspopulisten und trägt dadurch zur Diskursverschiebung bei, was wiederum den rechtspopulistischen Herausforderern zugutekommt.

Auf Basis empirischer Analysen werden fünf strategische Handlungsempfehlungen für die Parteien des politischen Mainstreams formuliert:

- (1) Zukunftsentwürfe statt Status-quo-Verteidigung: Parteien müssen glaubwürdige Antworten auf soziale Unsicherheit, Klimawandel, Migration und wirtschaftlichen Wandel formulieren und diese konsequent, nachvollziehbar und langfristig verfolgen.
- (2) Agenda-Setting zurückgewinnen: Parteien sollten eigene Kompetenzthemen offensiv besetzen, anstatt rechtspopulistischen Themen hinterherzulaufen.
- (3) Demokratische Polarisierung statt Kulturkampf: Parteien sollten klare politische Konflikte suchen, ohne demokratische Mitbewerber zu delegitimieren.
- (4) Thematische Mehrheiten statt starre Koalitionslogik: Parteien sollten auch und vermehrt parlamentarische Bündnisse auf Basis von Sachfragen suchen, um ihre Positionen umzusetzen und Kompromisse zu vermeiden, die von vielen Wähler:innen nicht goutiert werden.
- (5) Soziale Öffnung der Parteien, um Repräsentativität wiederherzustellen und Verbindungen in Vereine, Initiativen, Gewerkschaften und Alltagsmilieus aufzubauen.

Einleitung

Die anhaltenden Erfolge rechtspopulistischer Parteien – sei es die FPÖ in Österreich, die von Donald Trump und der MAGA-Bewegung geprägten Republikaner in den USA oder die AfD in Deutschland – sind von zahlreichen Beobachter:innen und Wissenschaftler:innen analysiert worden. Diese Analysen finden im politischen Betrieb, gemessen an den Strategien im Umgang mit der äußersten Rechten, bislang jedoch wenig Widerhall. Stattdessen neigen die Parteien des sogenannten Mainstreams¹, also insbesondere Konservative und teils auch Sozialdemokraten, dazu, die Rechtspopulisten vor allem auf deren ureigenstem Spielfeld, der Migrationspolitik, schlagen zu wollen. Dieser Ansatz verfängt bislang allerdings nicht. Das wiederum liegt, wie die folgende Analyse zeigen wird, an der Fokussierung auf kurzfristige Wähler:innenansprache. Diese scheitert, weil der Erfolg von Parteien wie der AfD auf langfristigen strukturellen Entwicklungen beruht, die sich in der Politisierung von Migration besonders sichtbar ausdrücken.

Einfach gesagt sind rechtspopulistische Parteien Krisengewinnler. Etwas differenzierter lässt sich formulieren, dass die gegenwärtige Politik sich durch Reaktionen auf multiple Krisen auszeichnet, aber keine Partei des Mainstreams in der Lage ist, an die Krisenwahrnehmung vieler Menschen

anzuschließen und diese durch einen positiven Zukunftsentwurf zu beantworten. Auch wenn es widersinnig erscheint: Ausgerechnet die Rechtspopulisten bieten einen solchen Zukunftsentwurf an, und sei er auch noch so vage. Er besteht darin, die Krise – die zugleich ins Apokalyptische überhöht wird – durch die Rückkehr zu einer mythischen Vergangenheit zu überwinden, in der die Dinge politisch, ökonomisch und kulturell vermeintlich besser waren (Müller 2016). Entscheidend ist hierbei nicht, ob eine solche Zeit wirklich existiert hat, sondern dass dieser Entwurf erfolgreich an die durch Krisen gesteigerten Nostalgiegefühle großer Teile der Bevölkerung appelliert. Dass den Rechtspopulisten dies gelingt, ist nicht allein das Ergebnis ihres strategischen Geschicks. Es beruht vielmehr auf langfristigen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, bei denen viele Bürger:innen den Eindruck gewonnen haben, von den etablierten Parteien nicht ausreichend vertreten, begleitet oder geschützt zu werden.

¹ Der Begriff „Mainstreamparteien“ bezeichnet in der Forschung in der Regel jene Parteien, die die liberale Demokratie akzeptieren, miteinander koalitionsfähig sind und einander als legitime Mitbewerber betrachten (vgl. bspw. Moffitt 2022; Crulli/Albertazzi 2025).

Gesellschaftlicher Wandel und rechtspopulistischer Erfolg

Die Wahlerfolge der Rechtspopulisten sind nur vordergründig auf kurzfristigen Protest zurückzuführen. Vielmehr sind sie das späte Ergebnis eines tiefgreifenden, doppelten gesellschaftlichen Wandels, der in den westlichen Gesellschaften bereits in den späten 1960er Jahren einsetzte (Norris/Inglehart 2019). Erstens besteht dieser in einem Wertewandel als Ergebnis wirtschaftlichen Aufschwungs, größerer sozialer Sicherheit und der Öffnung der Bildungszugänge. Waren die Gesellschaften in der Nachkriegszeit vor allem noch durch materialistische Wertvorstellungen geprägt (etwa Arbeit, Sicherheit und damit einhergehende traditionelle Familien- und Rollenvorstellungen), so nahm die Bedeutung dieser Werte durch Wohlstand und steigendes Bildungsniveau ab. Im Gegenzug gewannen postmaterialistische Werte an Bedeutung. Selbstverwirklichung, Gleichberechtigung, soziale Emanzipation oder Umweltschutz wurden für wachsende Teile der Bevölkerung zu zentralen politischen Anliegen. Diese Entwicklung schlug sich zum einen im Aufstieg grüner Parteien nieder, zum anderen wurden viele dieser Werte schrittweise Teil des gesellschaftlichen und politischen Mainstreams. Sichtbar wird dieser Wandel insbesondere daran, dass gesellschaftliche Normen in Fragen von Geschlechterrollen, sexueller Vielfalt und individueller Lebensführung neu ausgehandelt wurden. Positionen, die vor wenigen Jahrzehnten noch als gesellschaftlicher Konsens galten, sind heute umstritten oder werden offen zurückgewiesen.

Zweitens waren die westlichen Industrienationen ab den 1960er Jahren Ziel großer Migrationsbewegungen. Während sich etwa in Deutschland Arbeitsmigrant:innen zunächst temporär ansiedeln sollten, zogen bald Familien nach. Die Neuankömmlinge blieben und brachten ihre Bräuche, Kultur und Religion mit, die nach und nach immer sichtbarer wurde. Unter dem Schutz der in liberalen Demokratien geltenden Religionsfreiheit entstanden Moscheen – zunächst in Hinterhöfen, später auch als repräsentative Bauten –, religiöse Kleidung wurde im Straßenbild immer sichtbarer. Norris und Inglehart (2019) zufolge reagieren die „social conservatives“ auf diese Entwicklung mit Entfremdung und Ablehnung. Migration etablierte sich politisch damit als Bestandteil einer neuen Konfliktlinie zwischen jenen, die grundsätzlich ökonomische wie kulturelle Offenheit und Zuwanderung präferieren, und denjenigen, die nationale Abgrenzung und Souveränität bevorzugen (Kriesi et al. 2008). Die in den 1980er und 1990er Jahren

teils erfolgreichen Rechtspopulisten (Front National in Frankreich, Republikaner in Teilen der Bundesrepublik) konzentrierten sich vor allem auf Integrationsthemen. Die steigende politische und mediale Salienz von Migration strukturierte den Parteienwettbewerb zunehmend. Diese Entwicklungen wurden in Europa insbesondere durch die Fluchtbewegungen der Jahre 2015/2016 noch verstärkt, zumal sich angesichts drängender Verwaltungs- und Verteilungsfragen für viele Menschen der Eindruck eines staatlichen Kontrollverlusts aufdrängte. Rechtspopulistische Akteure griffen dieses Narrativ auf und spitzten es zu. Parteien wie die AfD, die FPÖ und andere Rechtspopulisten konnten vom Aufschwung des Asylthemas profitieren, indem sie deutlich restriktivere Positionen vertraten als die übrigen Parteien. Die politische Mobilisierungskraft des Themas hing dabei jedoch nicht allein vom tatsächlichen Umfang der Zuwanderung ab. Gerade Regionen mit vergleichsweise geringer Migration erwiesen sich häufig als besonders empfänglich für entsprechende Mobilisierungsangebote, was auf die Bedeutung von Wahrnehmungen, Identitätsfragen und Repräsentationskonflikten verweist.

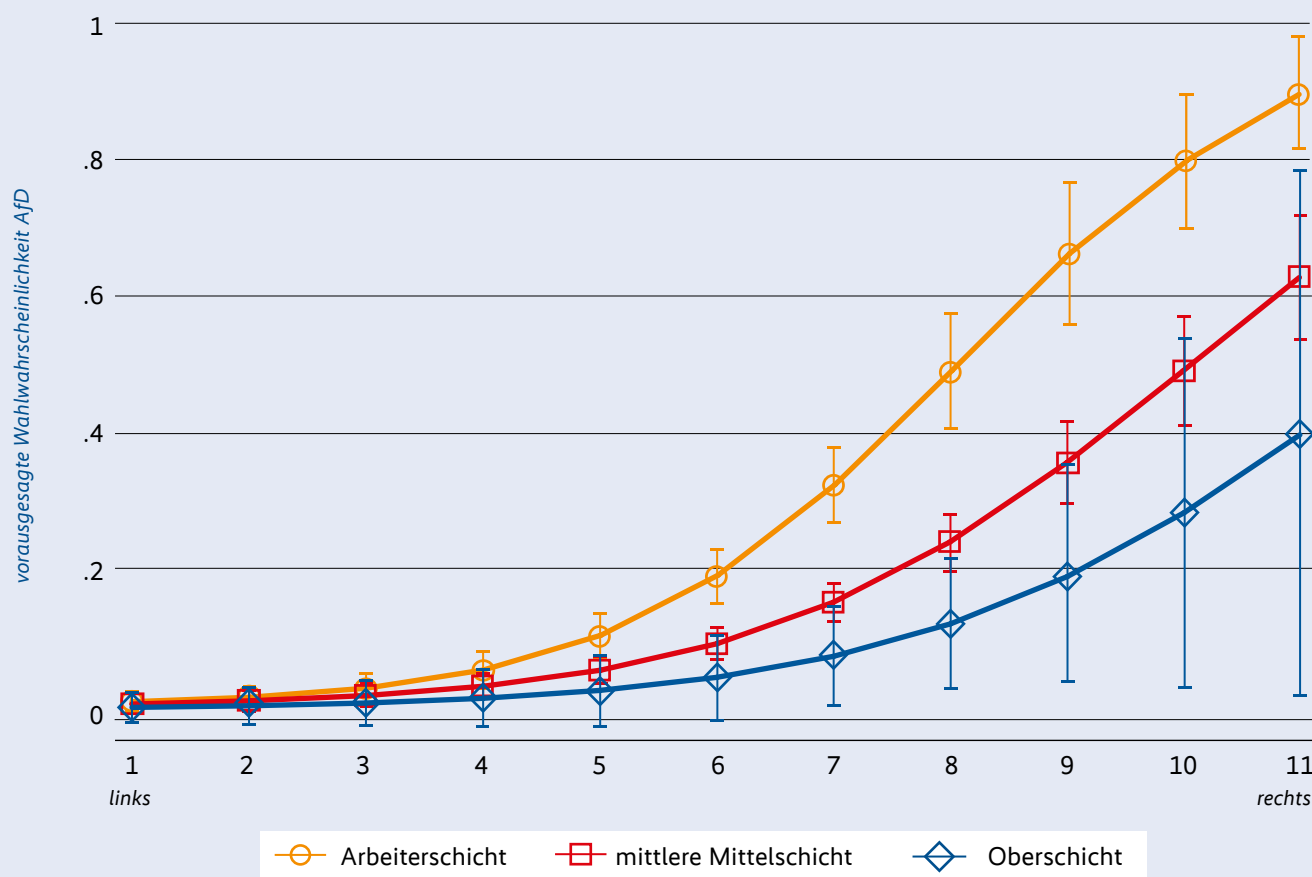
Ob kulturelle Themen wie Migration oder Asyl nämlich tatsächlich auf das Konto der Rechtspopulisten einzahlen, hängt von sozioökonomischen Voraussetzungen ab. Entscheidend ist hier vor allem, wie sich zwei Dimensionen der Globalisierung, die Bewegung von Menschen und Gütern, auf die jeweiligen Gesellschaften auswirken (Manow 2018): Die Öffnung für Güter- und Kapitalmärkte ist dabei mit ökonomischen Verteilungsproblemen verbunden, während Migration vor allem Fragen von Identität und Zugehörigkeit aufwirft. Abhängig von den jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements verquicken sich beide Dimensionen in den westlichen Industrienationen zu günstigen Voraussetzungen für populistische Mobilisierung. In Sozialstaaten, die auf versicherungsbasierten und an den Erwerbsstatus gekoppelten Systemen beruhen, wird wohlfahrtsschauvinistische Mobilisierung gegen Migrant:innen begünstigt. Demgegenüber ist in den eher klientelistisch organisierten Sozialstaaten Südeuropas kaum Konkurrenz zwischen Arbeitsmarktsinsider:innen und Migrant:innen zu beobachten. Deshalb konnten vor allem im Kontext der Eurokrise in Ländern wie Spanien und Griechenland linkspopulistische Parteien reüssieren, während in Nord- und Westeuropa rechtspopulistische Akteure Stimmen gewannen.

Diese systemischen Voraussetzungen strukturieren das Wahlverhalten zwar; ob es aber tatsächlich zur Unterstützung rechtspopulistischer Parteien kommt, hängt davon ab, inwiefern externe Faktoren und die politischen Orientierungen der Bürger:innen individuell zusammenwirken. Gerade Menschen aus materialistisch orientierten Milieus sind von ökonomischen Veränderungen besonders betroffen und nehmen diese als Krisen wahr, die den Lebensstandard ihrer Peers bedrohen. Dabei ist nicht entscheidend, dass man selbst von sozialem Abstieg betroffen ist, sondern dass sich die Sicht auf die wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft verschlechtert und sich ein Zukunftspessimismus einstellt, der mit wachsendem Misstrauen in die Problemlösungsfähigkeit der etablierten Parteien einhergeht (Decker 2022: 39).

Wie Abbildung 1 zeigt, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich zur Arbeiterschicht zählende Personen die AfD wählen, analog zu Angehörigen der Mittel- und der Oberschicht erst ab dem Zeitpunkt signifikant an, wenn sie sich politisch auch rechts verorten. Zwar ist dann die Wahrscheinlichkeit, für die AfD zu stimmen, für Angehörige der Arbeiterschicht am höchsten. Aber es tendieren eben keineswegs alle Arbeiter:innen zu den Rechtspopulisten, sondern nur diejenigen unter ihnen mit rechten politischen Einstellungen. Insofern führt die Debatte um die AfD als „neuer Arbeiterpartei“ gleich zweifach in die Irre. Zum einen hat sich die Arbeiterschicht durch das Hinzukommen migrantischer Arbeitskräfte innerhalb der vergangenen 60 Jahre stark diversifiziert – die oftmals gehegte Vorstellung der „Arbeiter“ als weiße Männer hält empirisch längst nicht (mehr).

Abb. 1

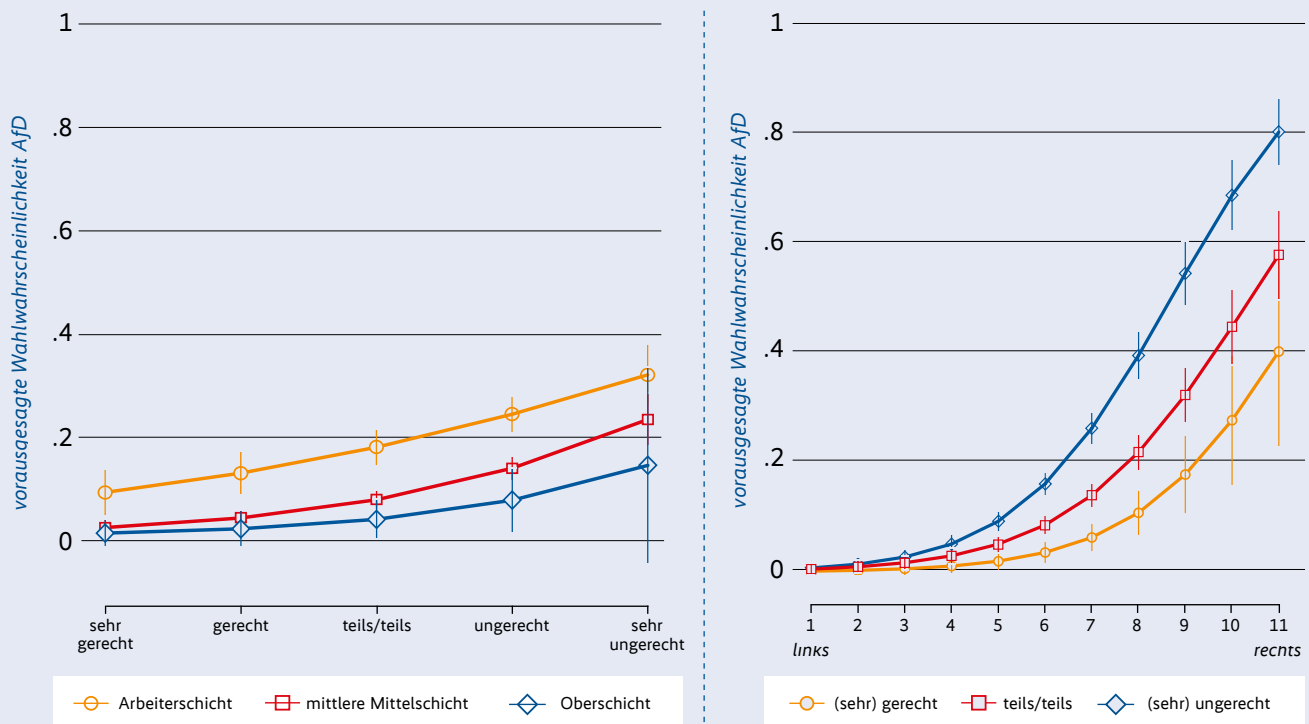
Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD in Abhängigkeit von subjektiver Schichtzugehörigkeit und politischer Positionierung (marginale Effekte, 90%-Konfidenzintervall)



Quelle: eigene Darstellung basierend auf GLES 2025.

Erklärungskraft des logistischen Regressionsmodells (Pseudo-R²): 22,7 %. Modell kontrolliert für Gerechtigkeitsempfinden, Bildung, Geschlecht und Netto-Haushaltseinkommen.

Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD in Abhängigkeit von subjektiver Schichtzugehörigkeit und Gerechtigkeitsempfinden (marginale Effekte, 90%-Konfidenzintervall)



Quelle: eigene Darstellung basierend auf GLES 2025.

Erklärungskraft der logistischen Regressionsmodelle (Pseudo-R²): 22,7 % und 22,1%. Modelle kontrollieren für Bildung, Geschlecht und Netto-Haushaltseinkommen.

Zum anderen kann es vor dem Hintergrund der vorigen Befunde nicht überraschen, dass in Europa nur ein kleiner Teil der aktuellen Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien zuvor die Sozialdemokraten gewählt hat und ein großer Teil der sozialdemokratischen Wähler:innen sich in Richtung der konservativen bzw. christdemokratischen Parteien, ein anderer zur radikalen Linken hin orientierte (Abou-Chadi et al. 2021).

Wichtig für den Wahlerfolg der Populisten ist, dass die ökonomischen Probleme in gleich zweifacher Weise mit der verzerrten Repräsentation von sozialen Interessen zusammenfallen. Erstens hängen politische Partizipation und ökonomische Ungleichheit zusammen. In Ländern, in denen die Schere zwischen Einkommensgruppen besonders stark auseinandergeht, nehmen die unteren Einkommens-

schichten deutlich weniger an Wahlen teil als in Gesellschaften mit weniger ungleicher Einkommensverteilung (Schäfer/Schwander 2019). Zweitens sind dadurch in der Konsequenz auch die Interessen von Menschen mit höheren Einkommen in der Gesetzgebung stärker repräsentiert als die von niedrigeren Einkommensschichten (Elsässer et al. 2017). Das bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Demokratie: Das Maß, in dem Menschen mit der Demokratie zufrieden oder unzufrieden sind, hängt stark mit der Verteilungsfrage zusammen. In sozial stärker polarisierten Gesellschaften ist die Zufriedenheit mit der Demokratie generell signifikant geringer als in egalitäreren Systemen (Kriekhaus et al. 2014). Ursächlich hierfür ist die auch tatsächlich geringere Responsivität der politischen Institutionen gegenüber den eigenen sozialen Interessen (Bienstman et al. 2024). Es verwundert daher nicht, dass Rechtspopu-

listen und rechtsextreme Parteien in Zeiten wirtschaftlicher Krisen gewinnen, und zwar insbesondere dann, wenn die politischen Antworten auf diese Krisen als besonders ungerecht empfunden werden (Funke et al. 2016). Nicht zuletzt ist ökonomische Ungleichheit mehr als nur eine Statistik: Sie macht sich in der Alltagserfahrung vieler Menschen nachhaltig bemerkbar. Es ist daher folgerichtig, dass rechtspopulistische Parteien bei Personen mit niedrigeren Haushaltseinkommen besonders in Umgebungen mit steigenden Mietpreisen erfolgreich sind (Abou-Chadi et al. 2025).

In Abbildung 2 zeigt sich erstens, dass die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, auch bei unterschiedlichen Deutungen des Gerechtigkeitszustands der Gesellschaft kaum von der subjektiven Schichtzugehörigkeit abhängt. Zwar liegt die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, unter Arbeiter:innen besonders hoch, je ungerechter sie die Gesell-

schaft empfinden. Aber zum einen steigt in diesem Fall die Wahrscheinlichkeit in allen gesellschaftlichen Gruppen an, zum anderen sind, wenn die Gesellschaft als besonders ungerecht wahrgenommen wird, die Unterschiede zwischen den Schichten nicht mehr signifikant. Noch klarer wird das Bild, wenn man betrachtet, dass die Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit zwar deutlich zur Wahlentscheidung pro AfD beiträgt. Das ist aber vor allem bei jenen der Fall, die sich bereits weit rechts im politischen Spektrum positionieren. Menschen, die sich eher in der Mitte oder gar links positionieren, weisen auch dann eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, die AfD zu wählen, wenn sie die Gesellschaft als (sehr) ungerecht empfinden. Demgegenüber hat eine Person, die die Gesellschaft als gerecht empfindet, eine höhere Wahrscheinlichkeit, der AfD ihre Stimme zu geben, wenn sie sich rechts im politischen Spektrum positioniert, als eine Person, die die Gesellschaft als (eher) ungerecht empfindet, wenn diese selbst mittig oder links steht.

Entfremdung vom parteipolitischen Mainstream

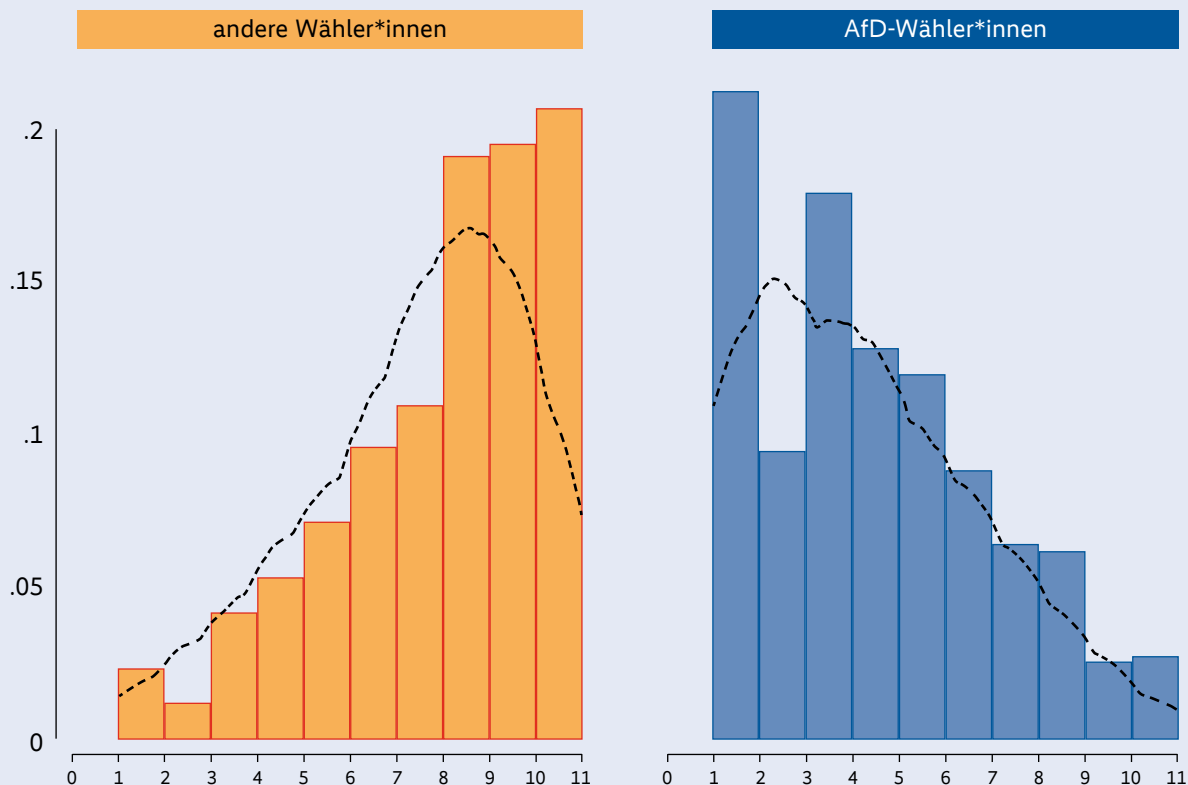
Soziale Verzerrung, wirtschaftliche Krisenwahrnehmung und mangelnde politische Repräsentation wirken als begünstigende Faktoren für die Strategie der Rechtspopulisten. Diese besteht im Kern darin, eine mögliche eigene Regierungsbeteiligung langfristig dadurch vorzubereiten, dass rechte Positionen zunächst im „vorpolitischen Raum“ und schließlich im politischen Mainstream etabliert werden. In Anlehnung an den kommunistischen Theoretiker Antonio Gramsci entwickelte die äußerste Rechte schon in den 1960er Jahren ein eigenes Konzept der „Metapolitik“, dessen Ziel es ist, kulturelle Hegemonie von der politischen Linken zurückzuerobern. Das geschieht etwa durch eigene Medien (hierzu gehören später auch digitale Plattformen) und das Ersetzen stigmatisierter Begriffe durch neue, weniger umstrittene, wobei die Bedeutung dieselbe bleibt (Lewandowsky 2025: 46-52). Beispiele hierfür sind etwa „Remigration“ statt „Abschiebung“ oder „Deportation“, wobei man durchaus zu den ursprünglichen Begriffen zurückkeh-

ren kann, wenn die Etablierung im Mainstream einmal vollzogen ist – etwa dann, wenn AfD-Politiker:innen von „Abschiebeoffensive“ sprechen.

Ein wichtiger Teil der neurechten Strategie ist es, nicht nur bestimmte Themen nach vorn zu stellen – etwa Migration –, sondern jedes mögliche Thema mit einem Grundkonflikt aufzuladen, der Ressentiments gegen das vermeintlich abgehobene politische Establishment mobilisiert (Kumkar 2025). Die „herrschenden Parteien“ werden dabei nicht, wie in Negativkampagnen üblich, kritisiert, sondern delegitimiert, als unfähig, abgehoben, desinteressiert an den Bedürfnissen der „einfachen Leute“ dargestellt. Dieses populistische Element, das die zeitgenössischen rechtsradikalen Parteien kennzeichnet, funktioniert, weil über das Mittel der „Politikerschelte“ die Krisenwahrnehmung vieler Menschen auf ein Feindbild projiziert wird. Und weil zudem der Großteil der den Rechtspopulisten zugeneigten Wähler:innen

Bewertung der Demokratie in Deutschland

Abb. 3



Anmerkung: 0 = überhaupt nicht demokratisch; 11 = ganz und gar demokratisch.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf GLES 2025.

sich selbst als „demokratisch“ ansieht, allen Parteien außer den rechtspopulistischen diese Zuschreibung jedoch abspricht, verfängt diese Strategie (Lewandowsky 2024). Laut dem Deutschland-Monitor 2025 sind zwar nur drei Prozent der AfD-Wähler:innen Antidemokrat:innen, 59 Prozent glauben jedoch, dass das politische System nicht mehr demokratisch sei. Zum Vergleich: Bei der CDU/CSU gehören lediglich acht, bei der SPD nur sechs Prozent der Wähler:innen zu jenen „systemkritischen Demokrat:innen“ (Franke et al. 2026: 108).

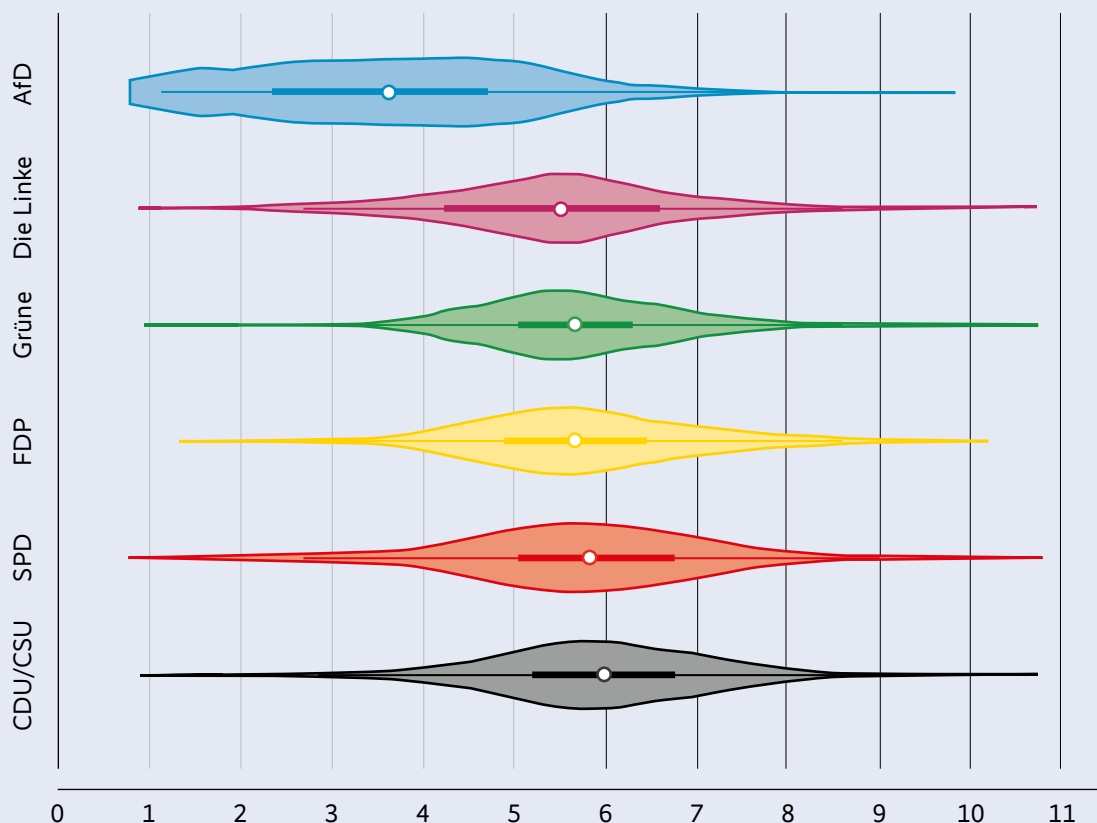
Es ist daher auch nur folgerichtig, dass der demokratische Status quo in der Bundesrepublik von AfD-Wähler:innen anders angesehen wird als von den Wähler:innen aller anderen Parteien. Abbildung 3 zeigt, dass der Großteil der Befragten, die nicht die AfD wählen, vom Zustand der Demokratie in Deutschland ein eher positives oder sogar sehr positives Bild hat. Unter AfD-Wähler:innen besteht ein nahezu umgekehrtes Bild: Der größte Teil von ihnen hält die

Bundesrepublik für überhaupt nicht demokratisch, während nur ein geringer Teil eine positivere Sicht auf den demokratischen Status quo hat.

Dass die Verbindung zwischen Demokratiekritik und Anti-Establishment-Orientierung wirkt, zeigen auch die weiteren empirischen Befunde. Abbildung 4 visualisiert die durchschnittliche Bewertung aller Parteien außer AfD und BSW durch verschiedene Wähler:innengruppen bei der Bundestagswahl 2025. Trotz kleinerer Unterschiede liegt die Bewertung der Parteien des politischen Mainstreams bei allen Gruppen in etwa im mittleren Bereich. Das bedeutet, dass es sich für die meisten Wähler:innen um Parteien handelt, die eine relativ breite Akzeptanz genießen und nicht grundsätzlich abgelehnt oder als illegitim angesehen werden. Deutlich hiervon abgesetzt ist die Bewertung der Mainstreamparteien bei den Unterstützer:innen der AfD. Hier fällt die Bewertung besonders niedrig aus und liegt im Mittel bei etwa 3,6 auf der elfstufigen Skala.

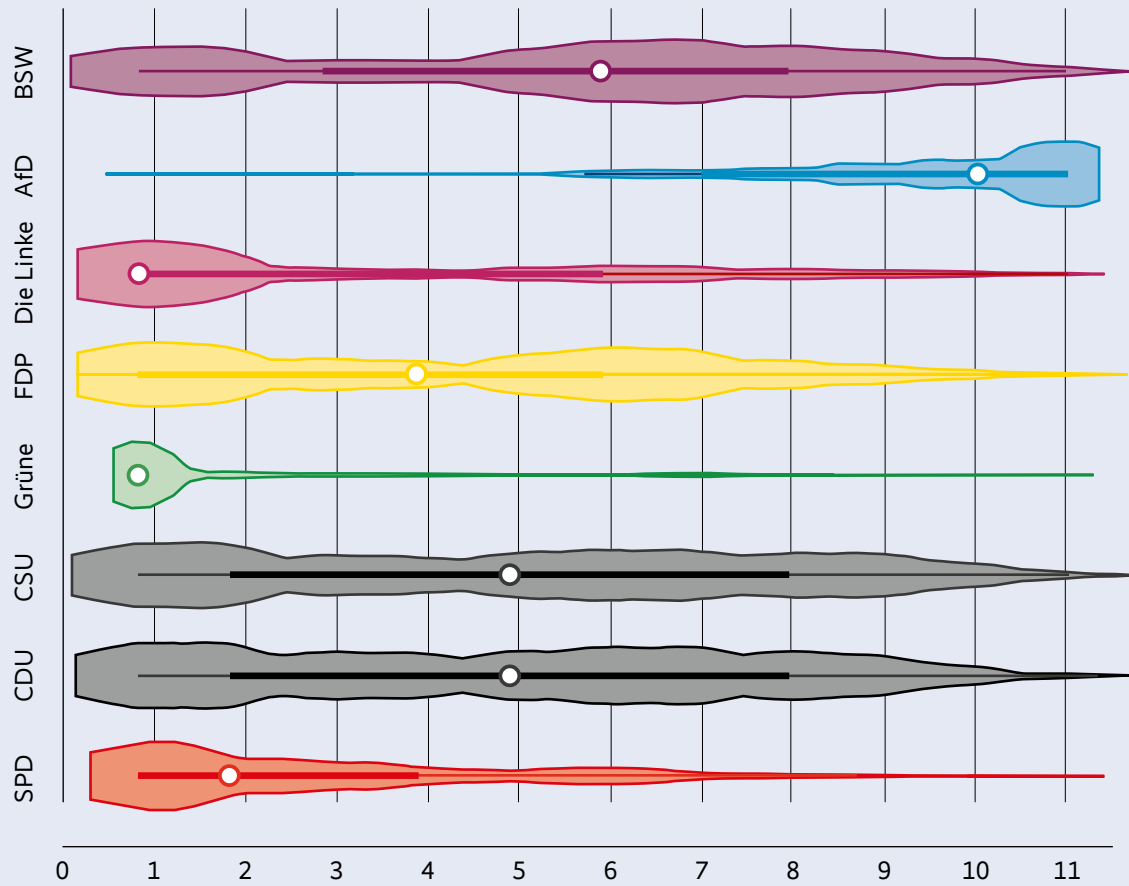
Mittlere Bewertung aller Mainstreamparteien (ohne AfD und BSW) nach Wähler:innengruppen (y-Achse)

Abb. 4



Quelle: eigene Darstellung basierend auf GLES 2025.

Bewertung aller Parteien (inkl. AfD und BSW; y-Achse) durch AfD-Wähler:innen



Quelle: eigene Darstellung basierend auf GLES 2025.

Betrachtet man die Bewertungen der Parteien durch die AfD-Wähler:innen im Einzelnen, zeigt sich, dass die Unionsparteien ebenso wie die FDP im Durchschnitt Bewertungen erhalten, die leicht unter dem Mittelwert liegen. Demgegenüber fallen die Bewertungen für SPD, Die Linke und insbesondere die Grünen besonders negativ aus. Wenig überraschend ist die Bewertung der AfD selbst im Vergleich äußerst positiv. Die ebenfalls vergleichsweise gute Bewertung des BSW durch AfD-Wähler:innen lässt sich vermutlich dadurch erklären, dass diese Partei auf der gesellschaftlichen Werteachse eine sehr konservative Position einnimmt, während sie zugleich populistisch auftritt (Patton 2025).

Diese Tendenz spiegelt sich auch in den Zusammenhängen der Wahlabsichten, die in Tabelle 1 illustriert sind. Die Korrelationen zeigen, inwiefern ein:e Wähler:in, der oder die angibt, eine bestimmte Partei zu wählen, auch eine andere Partei wählen würde. Je höher die Werte, desto stärker neigt eine Person, die Partei A wählt, auch Partei B zu. Negative Werte zeigen dementsprechend eine besonders hohe Abneigung der Wähler:innen von Partei A gegenüber Partei B.

Interessant sind hier vor allem die Ergebnisse für diejenigen, die zur AfD tendieren. Je höher eine Person die Absicht taxiert, der AfD ihre Stimme zu geben, desto weniger neigt sie insbesondere zu SPD, Linken und Grünen und umgekehrt. Auch mit der CDU ist der Zusammenhang negativ, allerdings auf einem geringeren Niveau: Menschen, die stark der AfD zuneigen, würden also voraussichtlich nicht die Union unterstützen, allerdings ist dieser negative Zusammenhang bei Weitem nicht so deutlich wie gegenüber linken Parteien. Zwischen AfD- und BSW-Sympathisant:innen sehen wir hingegen eine positive Korrelation – mit anderen Worten, hier besteht wechselseitig eine gewisse Neigung, die jeweils andere Partei zu wählen. „Ablehnungspaare“ bestehen auch zwischen anderen Parteien, etwa BSW und SPD oder CDU und Linken. Das überrascht nicht, weil Sympathien für eine Partei durchaus mit der Neigung zu einer anderen, ideologisch nahestehenden Partei einhergehen können und sich umgekehrt Menschen mit einer bestimmten Parteisympathie nicht vorstellen können, eine ideologisch weit entfernt liegende Partei zu wählen.

Paarweise Zusammenhänge zwischen Wahlabsichten bei der Bundestagswahl 2025

Tab. 1

	SPD	CDU	Grüne	AfD	Die Linke	BSW
SPD	1.000	–	–	–	–	–
CDU	0.056*	1.000	–	–	–	–
Grüne	0.596*	–0.157*	1.000	–	–	–
AfD	–0.490*	–0.087*	–0.513*	1.000	–	–
Die Linke	0.288*	–0.425*	0.375*	–0.209*	1.000	–
BSW	–0.155*	–0.181*	–0.265*	0.374*	0.295*	1.000

* Statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Angegeben sind Pearson-Korrelationskoeffizienten. 1 = perfekt positive Korrelation; –1 = perfekt negative Korrelation. Je näher der Wert des jeweiligen Koeffizienten an –1 bzw. 1, desto stärker der negative bzw. positive Zusammenhang.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf GLES 2025.

Konsequenzen für den Parteienwettbewerb

Der Stellenwert dieser Befunde wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass diese mit einer besonders geringen Bereitschaft unter AfD-Wähler:innen zusammenfällt, von ihrer Wahlpräferenz abzuweichen: Von allen Wähler:innengruppen sind die Unterstützer:innen der AfD am wenigsten bereit, sich überhaupt noch einer anderen Partei zuzuwenden (Lewandowsky/Wagner 2023). Das erklärt sich aus drei Faktoren: hohe Identifikation mit der AfD, stark ausgeprägte populistische Einstellungen – das heißt die Vorstellung, zu einer „schweigenden Mehrheit“ zu gehören, die ihr Recht gegen das Establishment erkämpfen müsse – und rechte gesellschaftspolitische Orientierungen. Die AfD ist damit keine reine Protestpartei, sondern verfügt über eine vergleichsweise loyale Wähler:innenschaft, die für die Parteien des Mainstreams zu großen Teilen nicht (mehr) gewinnbar ist.

So ist es auch zu erklären, warum die bisherigen Themenstrategien der anderen Parteien weitgehend erfolglos geblieben sind. Denn die Reaktionen der anderen Parteien auf die Wahlerfolge der AfD folgen einem Muster, das auf zwei Annahmen zu beruhen scheint. Erstens gingen viele politische Akteure und Beobachter:innen lange davon aus – und tun dies womöglich noch immer –, dass die Wähler:innen der AfD vor allem von Protest getrieben sind, die Partei also aus Unmut, weniger aus Überzeugung und Übereinstimmung mit ihren Positionen wählen. Daraus schlussfolgert man zweitens, dass man die ja ohnehin erst relativ neu zur AfD gekommenen Wähler:innen dadurch ansprechen könne, dass man im für die AfD wichtigsten Thema – Gesellschaftspolitik, vor allem Migration – Positionen vertrete, die jene der AfD zwar nicht kopieren, sich aber ihnen zumindest annähern. Das betraf zum einen die migrationspolitischen Lösungen selbst, zum anderen die Rhetorik, mit denen das Thema bearbeitet wurde. Die inzwischen sprichwörtlichen Figuren der „kleinen Paschas“ oder des „Stadtteils“, die von Friedrich Merz bemüht wurden, stehen für eine Kommunikationsstrategie, die Ressentiments aufgreift, um Nähe zu jenen Wähler:innen herzustellen, die in der Migrationspolitik besonders negative Haltungen vertreten (und deshalb AfD wählen).

Unter Berücksichtigung der eingangs genannten Einflussfaktoren des Wahlverhaltens sind die Strategien der demokratischen Parteien nachvollziehbar; ebenso einleuchtend ist jedoch, dass sie bislang nicht funktionieren. In der Bundesrepublik wie in anderen Ländern zeigt sich: Rücken die

konservativen Parteien in der Migrationspolitik nach rechts, dann gewinnen sie damit keine Wähler:innen von den Rechtspopulisten zurück, sondern neigen eher dazu, noch mehr an sie zu verlieren (Werner et al. 2023). Auch für sozialdemokratische Parteien zahlt sich ein solcher Shift nicht langfristig an der Wahlurne aus (Schulte/Bischof 2026). Der dänische Fall, der oftmals als Beispiel für eine erfolgreiche Strategie dieser Art herangezogen wird, war auch nur im spezifischen Kontext erfolgreich.² Die in Asyl- und Migrationsfragen ohnehin vergleichsweise konservativen Sozialdemokraten schwenkten 2019 auf eine noch restriktivere Linie in diesen Themen um. Sie gewannen damit nicht nur die Parlamentswahl, sondern auch Stimmen von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DF), die in der Folge marginalisiert wurde. Nahezu im selben Maß verloren die Sozialdemokraten jedoch Stimmen an andere linke und progressive Parteien, sodass sie in etwa das Ergebnis der vorigen Wahl hielten. Dass sie eine Regierung bilden konnten, lag daran, dass bis dato Koalitionen nur innerhalb des bürgerlichen bzw. linken Blocks gebildet wurden. In Parteiensystemen mit fluidere Koalitions politik – etwa der Bundesrepublik – wäre eine solche Strategie weitaus risikoreicher.

Auch politische Kommunikation, die Ressentiments zu bedienen versucht, wirkt sich nicht nachweislich zugunsten der demokratischen Parteien aus, hat aber negative Effekte für die Demokratie selbst. Dort, wo Politiker:innen des demokratischen Mainstreams sich entsprechender rhetorischer Figuren bedienen – etwa, wenn Friedrich Merz davor warnt, dass Asylbewerber:innen Vorteile bei der Vergabe von Zahnarztterminen genießen –, ist die Konsequenz eher, dass demokratische Normen weiter erodieren (Valentim et al. 2025). Das ist nicht überraschend: Wenn etwa rechtspopulistische Parteien auf rhetorische Figuren wie „alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse“ (Alice Weidel) zurückgreifen, tun sie dies im Status eines politischen Parias. Wenn Politiker:innen des rechten oder linken Mainstreams so agieren, dann genießen deren Aussagen von vornherein mehr Akzeptanz.

Die Annäherung an Sprache und Positionen der AfD stärkt also nach Lage der Dinge lediglich die AfD selbst. Auf diesen ja nicht neuen Befund scheinen manche politische Akteure bislang eher nach dem Prinzip „mehr desselben“ zu reagieren – mit dem Ergebnis, dass sie das vorhandene Problem eher noch zu verstärken scheinen.

2 Zu Migrationsnarrativen in verschiedenen Ländern siehe Schaller (2026).

Thesen für eine langfristige Strategie

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass die derzeitigen Strategien der Parteien im Umgang mit den Rechtspopulisten aus zwei miteinander verwobenen Gründen scheitern. Erstens gehen sie davon aus, dass die rechten bzw. migrationsfeindlichen Einstellungen die Ursachen für das Wahlverhalten genügend abbilden, um darauf entsprechende Themenstrategien aufzubauen. Zweitens konzentrieren sich die Debatten inner- und außerhalb der Parteien auf die kurzfristige Rückgewinnung von Wähler:innen. Weil die Wahlerfolge der Rechtspopulisten aber strukturelle Ursachen haben und die Mainstreamparteien bei den Wähler:innen der äußersten Rechten nur sehr geringes Vertrauen genießen, ist die Loyalität gegenüber der äußersten Rechten besonders hoch. Beides weist darauf hin, dass die Wahlerfolge der Rechtspopulisten langfristige und strukturelle Ursachen haben, deren Auswirkungen auf das Wahlverhalten sich nicht durch kurzfristige Taktiken umlenken lassen. Das bedeutet im Übrigen nicht, dass die Rechtspopulisten keine Wahlen verlieren können – es heißt jedoch, dass die gängigen Strategien dafür nach Lage der Dinge nicht geeignet sind. Auf Grundlage der Forschung wollen wir daher einige Überlegungen formulieren, die die strategischen Debatten in den Parteien anleiten können. Wir konzentrieren uns dabei auf fünf mögliche strategische Wege, von denen drei langfristig-programmatisch, zwei kurzfristig-taktisch zu verstehen sind.

1. Zukunftsentwürfe statt nur Verteidigung des Status quo

Rechtspopulisten gewinnen nicht zuletzt dadurch, dass es ihnen gelingt, ökonomische und gesellschaftliche Probleme zu einer Krise der Demokratie selbst zu stilisieren (Lewandowsky 2022: 54–63). Die Parteien des politischen Mainstreams greifen diese Strategie auf, indem sie sich in eine Verteidigungshaltung versteigen. Dadurch lassen sie sich in eine Position drängen, in der sie ihre Ressourcen (kommunikativ, personell, programmatisch) dazu aufwenden, den Status quo zu verteidigen. Einerseits ist es geboten, die Institutionen der liberalen Demokratie vor dem Zugriff der extremen Rechten zu schützen und sich gegen deren Delegitimation im politischen Diskurs zu stellen. Andererseits sind die Probleme, von denen die Rechtspopulisten profitieren, durchaus real. Soziale Ungleichheit, ökonomische Ängste, Klimawandel, Migration sind, wenn man den Begriff der Krise vermeiden will, zumindest einige der Megatrends, die sich bereits jetzt auf das Leben der Menschen auswirken und die die Demokratien in den kommenden Jahren zu bewältigen haben (Römmele 2024). Die Rechts-

populisten greifen all das auf, sei es durch Leugnung (menschengemachter Klimawandel) oder Maximallösungen, etwa in der Asyl- oder Migrationspolitik. Übergeordnetes Narrativ ist die Rückkehr zu einem idealisierten Status quo ante. Dem sollten die Parteien alternative Erzählungen gegenüberstellen, mit denen sie zeigen, dass sie die in vielen gesellschaftlichen Gruppen bestehenden Unsicherheiten nachvollziehen und aufgreifen. In Zukunftsentwürfen steht die Entwicklung glaubwürdiger Antworten auf konkrete gesellschaftliche Herausforderungen zwingend im Mittelpunkt, anders als bei Grundsatzprogrammen, deren Fokus auch stärker auf der Formulierung abstrakter Werte liegen kann. Zukunftsentwürfe sind zeitlich gebunden und geben dadurch Richtlinien für einen überschaubaren Zeitraum vor, etwa 20 Jahre; sie schaffen so Orientierung in Zeiten des Wandels. Sie vermitteln den Bürger:innen eine Vorstellung davon, wie Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie aussehen sollen und welchen Weg eine Partei dorthin vorschlägt. Damit werden Parteien wieder als gestaltende politische Akteure sichtbar, anstatt lediglich auf Krisen und die Agenda ihrer politischen Gegner zu reagieren. Zugleich schaffen sie Verlässlichkeit und Transparenz: Sie zeigen, wofür sie stehen und was sie umsetzen wollen, und zwar über den nächsten Wahltag hinaus.

2. Agenda-Setting zurückgewinnen

Der populistischen Rechten ist es gelungen, den politischen Diskurs inhaltlich wie sprachlich zu prägen. Vor allem im Themenkomplex Migration und Asyl treibt sie die Parteien des Mainstreams vor sich her. Anstatt zu versuchen, in diesen Politikfeldern zu den Rechtspopulisten aufzuschließen, sollten die Parteien eigene politische Schwerpunkte setzen und dort um gesellschaftliche Mehrheiten werben. Voraussetzung hierfür sind konsistente Zukunftsentwürfe, die Orientierung bieten und die Grundlage für langfristiges Agenda-Setting bilden. Sie ermöglichen es den Parteien, in politischen Debatten nicht nur zu reagieren, sondern sie aktiv zu strukturieren und Themen zu besetzen, in denen sie über hohe Kompetenzwerte verfügen oder diese glaubwürdig aufbauen können. Ziel ist es, die öffentliche Aufmerksamkeit stärker auf jene Herausforderungen und Lösungsansätze zu lenken, für die die Parteien überzeugende Antworten bieten können, anstatt sich dauerhaft von den Themen und Deutungsangeboten ihrer politischen Gegner treiben zu lassen. Die Themen Migration und Asyl werden dadurch nicht verschwinden und sollten auch nicht ignoriert werden. Langfristig kann jedoch eine erfolgreiche Agenda-Setting-Strategie dazu beitragen, dass diese The-

men nicht länger den politischen Wettbewerb dominieren. Es handelt sich dabei ausdrücklich um eine langfristige Strategie, die politische Konsistenz, kommunikative Beharrlichkeit und glaubwürdige Zukunftsentwürfe voraussetzt.

3. Demokratischer Wettbewerb statt Delegitimierung

Die vergangenen Jahre waren von einer paradoxen Entwicklung geprägt: Durch die Fragmentierung des Parteiensystems wurden größere und häufig lagerübergreifende Koalitionen notwendig. Gleichzeitig reagieren die Parteien darauf vielfach mit einer Verschärfung ihrer affektiven Polarisierung gegenüber ihren Mitbewerbern. Vor allem im konservativen Spektrum wurden Stimmen laut, die etwa die Grünen als „Hauptfeinde“ deklarierten oder im Streit um die Energiepolitik mit dem Begriff „Heizungs-Stasi“ aufwarteten. Solche Zuschreibungen gehen über den üblichen politischen Wettbewerb hinaus. Sie stellen nicht die Kompetenz von politischen Gegnern infrage, kritisieren nicht deren politische Entscheidungen oder grenzen sich inhaltlich von ihnen ab, sondern wirken delegitimierend und stigmatisierend. Problematisch ist daher nicht die politische Polarisierung selbst. Parteien benötigen klare Profile und erkennbare Unterschiede, um Wähler:innen Orientierung zu bieten und politische Unterstützung zu mobilisieren. Demokratie lebt von politischem Wettbewerb und der Auseinandersetzung um unterschiedliche gesellschaftliche Zukunftsentwürfe. Problematisch wird Polarisierung erst dann, wenn politische Konkurrenz in moralische Abwertung oder die Infragestellung der demokratischen Legitimität des politischen Gegners umschlägt. Gerade hierin liegt jedoch ein strategisches Dilemma. Parteien, die potenzielle Koalitionspartner dauerhaft als illegitim, gefährlich oder grundsätzlich inakzeptabel darstellen, schaffen sich selbst erhebliche Glaubwürdigkeitsprobleme, wenn sie später noch mit ihnen zusammenarbeiten müssen. Angesichts der zunehmenden Fragmentierung des Parteiensystems wird dies allerdings künftig häufiger der Fall sein. Dieses Dilemma könnte durch eine Strategie aufgelöst werden, die als „demokratische Mobilisierung“ bezeichnet werden kann (Lewandowsky 2024: 240–245). Dabei geht es darum, dass die Parteien mit ihren jeweiligen Kompetenzthemen gezielt die Abgrenzung vom politischen Mitbewerber suchen, jedoch Kommunikationen vermeiden, die auf dessen Delegitimierung abzielen. Ziel ist nicht die Abschwächung politischer Konflikte, sondern deren Austragung innerhalb eines gemeinsamen demokratischen Rahmens. Darüber hinaus bietet es sich an, im Interesse des Schutzes der liberalen

Demokratie auch Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die von der Linken bis ins konservative Spektrum hineinreichen. Dass dies möglich ist, zeigt etwa der „Schweriner Weg“, bei dem sich Anfang der 2000er die Parteien von der CDU bis zur PDS in Mecklenburg-Vorpommern auf einen gemeinsamen Umgang mit der rechtsextremen NPD einigten, ohne dabei ihre programmatischen Unterschiede zu negieren. Demokratische Polarisierung bedeutet somit nicht die Auflösung politischer Konflikte, sondern deren bewusste Begrenzung auf die inhaltliche und programmatische Ebene. Parteien konkurrieren um gesellschaftliche Mehrheiten und ringen um unterschiedliche Zukunftsentwürfe, erkennen einander jedoch weiterhin als legitime demokratische Akteure an. Gerade darin liegt eine zentrale Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit demokratischer Parteiensysteme unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung.

4. Thematische Mehrheitsbildung statt „Koalitionsskorsett“

Die Umfragen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zeigen auf, wie sich das koalitionspolitische Spielfeld in Deutschland entwickeln könnte. Christdemokraten und Sozialdemokraten gelingt keine gemeinsame Mehrheit, und weitere Partner stehen nur auf den ideologischen Rändern zur Verfügung. Das birgt vor allem für die Union das Problem, dass sie ihren Unvereinbarkeitsbeschluss, der sowohl für die AfD als auch für die Linke gilt, einseitig verletzen muss (Neuenfeld/Lewandowsky 2025). Darauf sind jedoch die Parteien, die häufig noch stark in der Logik klassischer Lagerkoalitionen denken, kaum vorbereitet. In Anlehnung an die Überlegungen von Christian Stecker (2026) wäre ihnen zu empfehlen, statt langfristiger, starrer Koalitionen auf thematische Mehrheitsbildung jenseits der AfD abzielen und parlamentarische Bündnisse je nach politischem Vorhaben neu zu organisieren. Dass die Abgrenzung gegenüber Parteien, die zentrale Prinzipien der liberalen Demokratie infrage stellen, bestehen bleiben sollte, erschließt sich bereits daraus, dass die Einbindung solcher Parteien deren Normalisierung weiter vorantreibt. Flexible Mehrheitsbildung empfiehlt sich daher nur, wenn sie mit einem eindeutigen Cordon sanitaire bzw. der Aufrechterhaltung einer Brandmauer nach rechts einhergeht. Ziel ist es dann, die vorhandenen Mehrheitsoptionen innerhalb des demokratischen Spektrums flexibler zu nutzen, anstatt parlamentarische Handlungsfähigkeit allein von auf Dauer gestellten Koalitionsbündnissen abhängig zu machen. Gerade auf der Landesebene können dabei etwa auch die durchaus

vorhandenen programmatischen Überschneidungen zwischen CDU und Linken genutzt werden, ohne die ideologische Abgrenzung grundsätzlich aufgeben zu müssen. Mit einem solchen Konzept der punktuellen Mehrheitsbildung wären die Parteien nicht nur an das Gelingen einer Koalition über die Dauer einer Legislaturperiode gebunden, sondern würden ihre eigenen Zukunftsentwürfe ernst nehmen, indem sie für die daraus abgeleiteten Vorhaben jeweils parlamentarische Partner suchen.

5. Sozialer Verzerrung durch Repräsentation in Parteien entgegenwirken

Die Unterrepräsentation bestimmter Gruppen und die soziale Homogenität politischen Personals führen zu Verzerrungen in politischen Entscheidungen und untergraben das Gleichheitsversprechen der Demokratie. Diese strukturellen Defizite tragen dazu bei, dass sich gesellschaftliche Debatten zunehmend außerhalb der Parteien vollziehen, ohne dass diese die Impulse wirksam aufnehmen. Beispiele hierfür sind der Überhang von Akademiker:innen, Beamt:innen, älteren Menschen und männlichen Personen innerhalb der Parteien. Je homogener das politische Personal zusammengesetzt ist, desto größer wird die Gefahr, dass gesellschaftliche Probleme selektiv wahrgenommen und politische Lösungen an den Lebensrealitäten vieler Bürger:innen vorbeientwickelt werden. Besonders jüngere Generationen erleben Parteien daher als wenig anschlussfähig und zukunftsorientiert, was den Vertrauensverlust weiter verstärkt. Eine zentrale Voraussetzung für eine Erneuerung der Parteien liegt daher in ihrer stärkeren sozialen Öffnung. Erst wenn es ihnen gelingt, unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen tatsächlich abzubilden und in tragfähige

Zukunftsentwürfe zu übersetzen, können sie ihre Rolle als zentrale Vermittlungsinstanzen wieder erfüllen und einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der demokratischen Krise leisten. Dieser lässt sich nicht einfach durch ein Mehr an Beteiligungsmöglichkeiten auffangen, wie sie seit Ende der 1990er Jahre diskutiert wird. Beteiligung kann fehlende Repräsentation ergänzen, aber nicht ersetzen. Entscheidend ist weniger die Ausweitung innerparteilicher Willensbildungsprozesse als die Frage, ob es Parteien gelingt, sogenannte Linkages, also Verknüpfungen in die Gesellschaft auszubilden. Soziale Öffnung erschöpft sich nicht in einer veränderten Zusammensetzung des politischen Personals. Sie setzt ebenso voraus, dass Parteien wieder stärkere Verbindungen in unterschiedliche gesellschaftliche Milieus und Lebenswelten aufbauen. Dies ist freilich bereits dadurch erschwert, dass auch Massenorganisationen wie Kirchen und Gewerkschaften, die den Parteien lange als Anker dienten, seit Jahrzehnten Mitglieder und damit ihre gesellschaftlichen Anker verlieren. Parteien müssen neue Formen gesellschaftlicher Verankerung entwickeln und durch ihre Mitglieder sowie institutionalisierte Kooperationen wieder stärker in zivilgesellschaftlichen Räumen präsent sein: in Sportvereinen, Freiwilligen Feuerwehren, in Initiativen und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Nur wenn Parteien dauerhaft in unterschiedlichen gesellschaftlichen Räumen verankert sind, können sie jene Erfahrungen, Interessen und Konflikte aufnehmen, die für demokratische Repräsentation unverzichtbar sind. Repräsentation entsteht nicht allein in Parlamenten, sondern durch die kontinuierliche Verbindung von Parteien und Gesellschaft. Dafür braucht es eine Strategie und eine Umsetzung, die Personal, Ressourcen und Zeit beanspruchen wird.

Literaturverzeichnis

Abou-Chadi, Tarik; Cohen, Denis; Kurer, Thomas (2025): Rental Market Risk and Radical Right Support, in: *Comparative Political Studies* 58 (13), S. 2.866-2.901.

Abou-Chadi, Tarik; Mitteregger, Reto; Mudde, Cas (2021): Verlassen von der Arbeiterklasse? Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und der Aufstieg der radikalen Rechten, Berlin.

Bienstman, Simon; Hense, Svenja; Gangl, Markus (2024): Explaining the „Democratic Malaise“ in Unequal Societies: Inequality, External Efficacy and Political Trust, in: *European Journal of Political Research* 63, S. 172–191.

Crulli, Mirko; Albertazzi, Daniele (2025): The „Mainstream“ in Contemporary Europe: A Bi-dimensional and Operationalisable Conceptualization, in: *West European Politics* 48 (7), S. 1.515–1.544.

Decker, Frank (2022): Was ist Rechtspopulismus?, in: Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Lewandowsky, Marcel; Adorf, Philipp (Hrsg.): *Aufstand der Außenseiter: Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus*, Baden-Baden, S. 35–55.

Elsässer, Lea; Hense, Svenja; Schäfer, Armin (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27, S. 161–180.

Franke, Helena; Hebenstreit, Jörg; Holtmann, Everhard; Jaeck, Tobias; Pollak, Reinhard; Reiser, Marion; Sand, Matthias; Zissel, Pierre (2026): *Deutschland-Monitor '25: Gesellschaftliche und politische Einstellungen, Themenschwerpunkt: Wie veränderungsbereit ist Deutschland?*, Berlin/Halle (Saale)/Jena.

GLÉS (2025): GLÉS Querschnitt 2025, Nachwahl (ZA10100; Version 2.0.0) [Data set]. GESIS, Köln, <https://doi.org/10.4232/5.ZA10100.2.0.0> (9.6.2026).

Krause, Werner; Cohen, Denis; Abou-Chadi, Tarik (2023): Does Accommodation Work? Mainstream Party Strategies and the Success of Radical Right Parties, in: *Political Science Research and Methods* 11 (1), S. 172–179.

Kriekhaus, Jonathan; Son, Byunghwan; Bellinger, Nisha Mukherjee; Wells, Jason M. (2014): Economic Inequality and Democratic Support, in: *The Journal of Politics* 76 (1), S. 139–151.

Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Lachat, Romain; Dolezal, Martin; Bornschie, Simon; Frey, Timotheos (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge.

Kumkar, Nils C. (2025): *Polarisierung: Die Ordnung der Politik*, Berlin.

Lewandowsky, Marcel (2022): *Populismus: Eine Einführung*, Wiesbaden.

Lewandowsky, Marcel (2024): Was Populisten wollen: Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte, Köln.

Lewandowsky, Marcel (2025): *Die globale Rechte: Geschichte, Erfolgsbedingungen, Auswirkungen*, München.

Lewandowsky, Marcel; Wagner, Aiko (2023): Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties: The Case of Germany, in: *Representation* 59 (3), S. 485–512.

Manow, Philip (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus*, Berlin.

Moffitt, Benjamin (2022): How Do Mainstream Parties „Become“ Mainstream, and Pariah Parties 'Become' Pariahs? Conceptualizing the Processes of Mainstreaming and Pariahing in the Labelling of Political Parties, in: *Government and Opposition* 57 (3), S. 385–403.

Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin.

Neuenfeld, Anna-Lisa; Lewandowsky, Marcel (2025): Die Gretchenfrage der CDU, in: *taz*, 26.9.2025, <https://taz.de/Koalition-CDU-Linkspartei/!6111809/> (9.6.2026).

Norris, Pippa; Inglehart, Roland (2019): *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge.

Patton, David F. (2025): The Sahara Wagenknecht Alliance (BSW): A New Party Launches in Germany, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 33 (3), S. 645–662.

Römmele, Andrea (2024): *Demokratie neu denken: Szenarien unserer Welt von morgen*, Frankfurt am Main.

Schäfer, Armin; Schwander, Hanna (2019): „Don't Play if You Can't Win“: Does Economic Inequality Undermine Political Equality?, in: *European Political Science Review* 11 (3), S. 395–413.

Schaller, Leon (2026): *Migrationspolitische Narrative im Vergleich: Dänemark, Spanien und die Grenzen der Übertragbarkeit*, Berlin.

Schulte, Johanna M.; Bischof, Daniel (2026): When Social Democrats Move Right on Migration, Who Responds? Lessons from Germany's Social Democrats, osf.io/preprints/socarxiv/huyr9_v1 (9.6.2026).

Stecker, Christian (2026): *Ohne Koalitionskorsett und Brandmauern: Wie flexible Mehrheiten die Demokratie stärken*, Frankfurt am Main.

Valentim, Vicente; Dinas, Elias; Ziblatt, Daniel (2025): How Mainstream Politicians Erode Norms, in: *British Journal of Political Science* 55, S. 1–10.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD in Abhängigkeit von subjektiver Schichtzugehörigkeit und politischer Positionierung	6
Abb. 2	Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD in Abhängigkeit von subjektiver Schichtzugehörigkeit und Gerechtigkeitsempfinden	7
Abb. 3	Bewertung der Demokratie in Deutschland	9
Abb. 4	Mittlere Bewertung aller Mainstreamparteien (ohne AfD und BSW) nach Wähler:innen-gruppen	10
Abb. 5	Bewertung aller Parteien (inkl. AfD und BSW) durch AfD-Wähler:innen	11
Tab. 1	Paarweise Zusammenhänge zwischen Wahlabsichten bei der Bundestagswahl 2025	12

Über die Autor:innen

Dr. Anna-Lisa Neuenfeld ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin. Sie ist als Geschäftsführerin eines Bildungsträgers sowie als Lehrbeauftragte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg tätig. Bis Juli 2025 war sie Fraktionsgeschäftsführerin der Grünen Fraktion im Thüringer Landtag.

Prof. Dr. Marcel Lewandowsky ist Professor für Regierungslehre und Policyforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zuletzt erschienen von ihm „Die globale Rechte“ (C. H. Beck Wissen, 2025) und „Was Populisten wollen“ (Kiepenheuer & Witsch, 2024).

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger:innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

Weitere Veröffentlichungen

Teufelskreis: Wie Parteien der demokratischen Mitte auf radikal rechte Parteien reagieren

Impuls Mai 2026

<https://collections.fes.de/publikationen/id/1977681>

Überraschende Wahl, überraschende Stimmen: Junge Menschen und die vorgezogene Bundestagswahl 2025

Analyse November 2025

<https://collections.fes.de/publikationen/id/1912786>

Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland: Demokratiestützende Aspekte der Daseinsvorsorge

Analyse Juli 2025

<https://collections.fes.de/publikationen/id/1886072>

Swipe, Like, Vote: Analyse des Bundestagswahlkampfes 2025 auf TikTok

Analyse Mai 2025

<https://collections.fes.de/publikationen/id/1885932>

Die Polarisierung der Geschlechter: Der moderne Gender-Gap im Wahlverhalten bis 2025

Analyse April 2025

<https://collections.fes.de/publikationen/id/1885884>

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter:

www.fes.de/publikationen



Parteien im Stresstest

Wie begegnen demokratische Parteien dem Rechtspopulismus? Und welche Ergebnisse erzielen sie auf diese Weise? Die Publikation zeigt, dass bisherige Strategien im Umgang mit Rechtspopulismus oft am Kern vorbeiführen und dass das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte kein vorübergehendes Protestphänomen, sondern Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen ist. Auf Grundlage empirischer Analysen wird deutlich, weshalb die Annäherung an rechtspopulistische Positionen Parteien der politischen Mitte eher schwächt als stärkt. Die Studie entwickelt fünf strategische Handlungsempfehlungen, wie demokratische Parteien Vertrauen zurückgewinnen, politische Gestaltungskraft entfalten und den öffentlichen Diskurs wieder selbst prägen können.